

«Ich bin froh, bin ich nicht Bundesrätin»

Karin Keller-Sutter kritisiert die Westschweizer für deren laschen Strafverzug. Die Nichtwahl zur Bundesrätin hat die Regierungsrätin mehr als verdaut.

INTERVIEW: MARCEL ODERMATT
UND NICO MENZATO;
FOTOS: SASKJA ROSSET

Sie ist die Hoffnungsträgerin der FDP: Karin Keller-Sutter (47). Im Herbst schnappte Johann Schneider-Ammann ihr den Bundesratssitz weg. Nun kandidiert sie fürs Stöckli. In der SonntagsBlick-Sommerreihe droht die Präsidentin der kantonalen Justizdirektoren (KKJPD) den Clubs, im Kampf gegen Hooligans vorwärts zu machen.



Frau Regierungsrätin, im September scheiterten Sie im Kampf um einen Bundesratsitz an Johann Schneider-Ammann. Wurtet Sie das noch?

Karin Keller-Sutter: Nein.

Wirklich nicht?

Klar, ich wollte gewählt werden. Natürlich wusste ich, dass der Zeitpunkt für meine Kandidatur nicht optimal war. Aber die Ostschweiz, die Jüngeren und die FDP-Frauen haben erwartet, dass ich antrete. Bei ihnen hätte es geheissen: «Die hat doch bloss Angst zu verlieren.» Aber mein Schwiegervater hat mir kürzlich gebeichtet, er habe sogar dafür gebetet, dass ich nicht Bundesrätin werde.

Glaubt er, Sie wären dem Amt nicht gewachsen gewesen?

Nein, er fürchtete sich vor den Unwägbarkeiten, mit denen ich zu kämpfen gehabt hätte. Wenn ich mir die jetzige Situation anschau – das Durcheinander, die unberechenbaren Gesamterneuerungswahlen des Bundesrats –, kann ich ihn verstehen. Ehrlich gesagt, ich bin manchmal froh darüber, nicht Bundesrätin zu sein und das

Ganze von aussen betrachten zu können.

Ihnen könnte, wie jetzt Schneider-Ammann, die Abwahl blühen.

Ich hoffe, dass die beiden FDP-Bundesräte nach den Nationalratswahlen vom nächsten Oktober in ihrem Amt bestätigt werden.

Johann Schneider-Ammann muss im Moment von allen Seiten Kritik einstecken.

Diese hat System. Es gibt zu viele Kandidaten für sieben Bundesratsitze. Die SVP will zwei, die Grünen einen. Die kleine BDP beansprucht mit Eveline Widmer-Schlumpf ebenfalls einen Platz. Deshalb wird jetzt versucht, Leute zu demontieren, die im Bundesrat sitzen.

Bleiben wir bei der FDP. Stimmen die jüngsten Umfragen, stürzt die Partei auf 15 Prozent ab. Damit lässt sich kein zweiter Sitz rechtfertigen.

Wir haben drei Blöcke: rechts die SVP, links die SP und die Grünen, in der Mitte FDP und CVP, wobei die FDP mehr Wähleranteile hat. Wie die Sitze verteilt werden, muss man nach den Wahlen entscheiden.

«Man kandidiert nur einmal für den Bundesrat. Ich wurde nicht gewählt. Das Thema ist damit erledigt»

Karin Keller-Sutter

Käme es eines Tages doch wieder zu einer FDP-Vakanz: Würden Sie erneut antreten?

Nein.

Ist das Ihr letztes Wort?

Ja. Ich finde, man kandidiert für den Bundesrat nur einmal. Entweder man schafft's, oder man schafft's nicht. Ich wurde nicht gewählt. Das Thema ist damit erledigt.

Der Job des FDP-Parteichefs wird bald frei. Wollen Sie Nachfolgerin von Fulvio Pelli werden?

Nein. Sollte ich in den Ständerat gewählt werden, will ich nicht Parteichefin sein. Das Stöckli ist als Kammer der Kantone nicht der Ort für Parteipolitik. Ein Parteipräsident muss im Nationalrat sein. Ich bin Sachpolitikerin und sehe mich nicht als oberste Parteipolitikerin.

Drängt es Sie vielleicht in ein anderes Amt?

Ich bin selbstverständlich bereit, in der Parteileitung mitzumachen.

Asyl ist derzeit das dominierende politische Thema. Ihre FDP sprach diese Woche von «Asylchaos», obwohl Sie die Verantwortliche der Kantone für das Asylwesen sind. Warum fällt die Partei Ihnen in den Rücken?

Die Vorwürfe treffen Bern, nicht die Kantone. Das schweizerische Asylwesen liegt vollständig in der Zuständigkeit des Bundes und damit auch die entsprechende Gesetzgebung. Die Kantone beherbergen die Asylbewerber nur.

Was würden Sie mit mehr Kompetenzen besser machen?

Ich würde das Asylverfahren massiv verkürzen. Vor allem bei den Dublin-Fällen – also Personen, die in das Land zurückgeschickt werden können, in dem sie ihr erstes Asylgesuch gestellt haben. Bei uns wäre das zurzeit meist Italien. Seit 2008 fordern wir, dass solche Personen nicht auf die Kantone verteilt werden. Der Bund sagt, er sei gleicher Meinung. Aber was passiert? Die Kantone beherbergen im Durchschnitt 55 Prozent Dublin-Fälle.

Das heisst konkret?

Von den 65 Asylbewerbern aus Nordafrika, die St. Gallen zugeteilt wurden, sind 62 Dublin-Fälle. Aber bei fast der Hälfte hat der Bund das Dublin-Verfahren noch nicht einmal eingeleitet. Das ist störend. Doch in gewissen Medien wird es schon fast als Gotteslästerung empfunden, wenn die Kantone auf diese Fehlentwicklungen aufmerksam machen.

Aber ist nicht auch Italien schuld, weil es viele Dublin-Asylbewerber einfach nicht zurückernimmt?

Italien ist sicherlich langsam. Aber betrachten wir das gesamte Asylverfahren. Es dauert im Schnitt zwei Monate, bis der Bund ein Dublin-Verfahren eröffnet. Dann bleiben den Italienern für die Antwort zwei Monate Zeit. Die lassen sie natürlich verstreichen. Damit ist die Rück-

nahme eigentlich anerkannt. Aber beim Vollzug ist die Schweiz erneut auf Italien angewiesen. Sie muss Italien auf diplomatischer Ebene dazu bringen, schneller zu handeln. Trotzdem hat es die Schweiz zu einem Grossteil selbst in der Hand, das Verfahren zu straffen, indem sie etwa das Dublin-Verfahren schneller eröffnen würde. Simonetta Sommaruga hat uns ihre Unterstützung zugesichert. Aber die Ergebnisse sind noch nicht sichtbar.

Bitte umblättern

Duelliert sich im Ständeratswahlkampf mit SVP-Chef Toni Brunner und Gewerkschaftspräsident Paul Rechsteiner (SP): Karin Keller-Sutter am Donnerstag in ihrem Wohnort Wil SG.



Die Präsidentin der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz will die Sportvereine mit Hooligan-Problem an die Kandare nehmen.



Keller-Sutter über den Vorwurf, sie mache Wahlkampf auf dem Buckel von Flüchtlingen

«Wegen Brunner muss ich keine rechte Flanke abdecken»

Fortsetzung von Seite 23

Deutsche Gerichte verboten Abschiebungen von Asylbewerbern nach Italien, weil das Land humanitäre Mindeststandards nicht eingehalten haben soll. Was würde ein solches Urteil für die Schweiz bedeuten?

Es gibt ja bereits Schweizer Urteile in Bezug auf Griechenland: Asylbewerber dürfen aus denselben Gründen nicht dorthin zurückgeschickt werden. Aber es gibt keine entsprechenden Urteile zu Italien – hoffentlich auch in Zukunft nicht. Denn dann wäre Dublin faktisch ausser Kraft. Sind die Asylbedingungen in mehreren EU-Ländern angeblich zu schlecht, um jemanden dorthin zurückzuschicken, ist Dublin kollabiert.

Wie kann das Desaster abgewendet werden?

Die EU muss dafür sorgen, dass die Asylbedingungen in allen ihren Mitgliedstaaten zumutbar sind. Das ist die Aufgabe der EU, nicht der Schweiz. Längerfristig plant die EU ja ein gemeinsames Asylrecht. Ich werde am 18. Juli mit Simonetta Sommaruga an die Justiz- und Innenministerkonferenz nach Polen reisen. Da geht es auch um die Entwicklung von Dublin.

Sie treten in der Asylpolitik als Hardlinerin auf. Kein Wunder, denn SVP-Chef Toni Brunner ist Ihr Gegner im Ständeratsrennen. Betreiben Sie Wahlkampf auf dem Rücken von Flüchtlingen?

Zunächst mal: Es war der Vorstand der kantonalen Justizdirektoren, der einstimmig beschlossen hat, dass man bei Simonetta Sommaruga interveniert. Der Antrag kam nicht von mir. Zweiter Punkt: Ich bin Regierungsrätin und Präsidentin der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz. Diesem Amt fühle ich mich verpflichtet. Das St. Galler Volk kennt mich und meine Haltungen. Es entscheidet im Herbst für oder gegen mich, unabhängig von der aktuellen Asyldebatte. Wegen Toni Brunner muss ich keine rechte Flanke abdecken.

Nach dem Verwarungsdebakel um Sexualstraftäter Jean-Louis

Die Asylpolitik des Bundes stimmt sie nachdenklich: Die studierte Übersetzerin und Konferenzdolmetscherin im Hof zu Wil, dem Wahrzeichen des 18 000-Einwohner-Orts.



Bürki fordern jetzt Politiker nationale Regelungen. Finden Sie das richtig?

Nein. Es braucht kein Bundesgesetz. Der Bund ist weit weg. Wir sind die Praktiker. Wir können das selber regeln.

Wie stellen Sie sich dies vor?

Zuständig sind die drei Konkordate Ostschweiz mit Zürich, Nordwest- und Innerschweiz sowie Romandie und Tessin. Ich habe nun den Auftrag gegeben, Richt-

linien zu Vollzug und Hafturlaub zunächst mal zu vergleichen. Im August diskutiert der Vorstand der KKJPD das weitere Vorgehen.

Vergleichen ist ja schön und gut. Aber was passiert konkret?

Es gibt zwischen Deutsch- und Westschweiz gewisse kulturelle Unterschiede im Strafvollzug. Mein Ziel ist es, die Regelungen zu vereinheitlichen. Massstab müssen aber unsere Ostschweizer Richtlinien sein. Diese sind sehr streng

und geprägt von den Erfahrungen des Kantons Zürich. Das heisst, die anderen Konkordate müssten sich bewegen. Ich möchte nicht hinter unsere Standards zurück.

Die Westschweiz muss Ihnen also entgegenkommen?

Ja. Es gibt wenig Verhandlungsspielraum, wenn man eine Angleichung will. Die öffentliche Sicherheit hat Vorrang vor der individuellen Freiheit und dem Recht des Täters. Davon rücken wir nicht ab. Ich trage schliesslich die Verantwortung. Bei uns gibt es zum Beispiel keinen humanitären Ausgang wie im Fall von Jean-Louis Bürki.

Am Freitag wettete die SVP erneut über die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative.

Wie soll es in der verfahrenen Situation weitergehen?

Am Ball sind jetzt Bundesrat und Parlament. Ich bin der Meinung, dass die Initiative streng umgesetzt werden soll. Das ist der Wille des Volkes. Aber die Sieger dürfen jetzt auch nicht übermarchen.

Wie meinen Sie das?

Die SVP sollte jetzt Hand bieten für eine umsetzbare, vor allem aber rasche Lösung. Je länger die Blockade der SVP dauert, desto länger dauern die Probleme mit der Ausschaffung. Ich fürchte, die SVP will keine schnelle Lösung, sondern das Thema möglichst lange am Kochen halten. Das finde ich schade.

In einer Woche beginnt die Fussballsaison. Es werden diverse Massnahmen gegen Hooligans diskutiert. Wie gehts weiter?

Alles in allem hat sich die Lage etwas beruhigt. Aber es gibt Einzelereignisse wie die Ausschreitungen der Basler in Zürich und der Sion-Fans im Extrazug, die eine extreme Gewalt zeigen. Ich will jetzt wissen, wie hoch die Sachschäden in der letzten Saison waren und wie viele Polizisten im Einsatz standen. Im August werden wir in der KKJPD über das weitere Vorgehen entscheiden. Klar ist: Die Vereine dürfen nicht alle Anstrengungen blockieren. ●